



II-5246 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Wien, am 14. März 1992

Zahl: 0117/452-II/4/92
An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 W i e n

2213 IAB
1992-03-19
zu 2274 10

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Kraft und Kollegen haben am 30.1.1992 unter Nr. 2274/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Besetzung der Grenzgendarmarie" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Wie viele Planstellen für Zwecke der Grenzsicherung wurden in Niederösterreich geschaffen?
- 2) Wie viele dieser Planstellen sind bereits besetzt?
- 3) Wie viele Personen befinden sich in Ausbildung?
- 4) Wie viele Personen haben sich aufgrund der letzten Ausschreibung des LGK Niederösterreich, GZ 6104/2-5/91, beworben?
- 5) Wie viele dieser Bewerber wurden einberufen?
- 6) Was waren die Gründe für die Nichteinberufung von Bewerbern, obwohl die Zahl der offenen Planstellen nicht besetzt werden kann?
- 7) Ist es richtig, daß von den Personalbehörden gesetzwidrig unbeschränkte Auskünfte aus dem Strafregister eingeholt worden sind?

- 8) Wenn ja, in wie vielen Fällen?
- 9) Was werden Sie unternehmen, um die Personalbehörden zu einer gesetzeskonformen Vorgangsweise anzuhalten?
- 10) Besteht die Möglichkeit, derartige Gesetzesverletzungen durch entsprechende Kontrollmechanismen bei Abfragen aus dem Strafregister hintanzuhalten?
- 11) Wenn ja, welche?
- 12) Wann werden Sie diese Maßnahmen setzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1)

133

Zu Frage 2)

Zum Stichtag 1. März 1992 106

Zu Frage 3)

Zum Stichtag 1. März 1992 80

Zu Frage 4)

770

Zu Frage 5)

106

Zu Frage 6)

Nichtbestehen der Eignungsprüfung,
mangelnde körperliche Eignung für den Exekutivdienst,
Fehlen der persönlichen Eignung,
nicht abgeleiteter Präsenzdienst,
freiwillige Rücktritte

Zu den Fragen 7) und 8)

Laut der mir diesbezüglich vorliegenden Meldung des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich wurde in einem Fall von einem mit der Durchführung von Vorlebenserhebungen betrauten Organ irrtümlich eine unbeschränkte Strafregisteranfrage gestellt.

Zu Frage 9)

Auf die strikte Einhaltung bestehender Dienstanweisungen, hinsichtlich der Vorgangsweise bei Strafregisteranfragen wird nachdrücklich hingewiesen werden.

In diesem Zusammenhang ist aber zu bemerken, daß es auch im Interesse der Öffentlichkeit liegt, wenn nur Bewerber mit einwandfreiem Vorleben in die Exekutive aufgenommen werden.

Zu Frage 10)

Nein

Zu den Fragen 11) und 12)

Die Beantwortung dieser Fragen entfällt im Hinblick auf die Beantwortung der Frage 10).

Franz L.